

ZUM ROBBINSREPORT

Am 8. Februar 1961 wurde in Großbritannien ein Komitee gegründet zur Untersuchung der höheren Bildung im Lichte nationaler Bedürfnisse und Ressourcen, das feststellen sollte, ob irgendwelche Änderungen im höheren Bildungswesen nötig seien. 1963 wurde der Robbinsreport als Ergebnis präsentiert. Er behandelt:

- 1) die Struktur des gegenwärtigen Erziehungssystems (auch im Vergleich mit anderen Ländern);
- 2) die wahrscheinliche Nachfrage nach höherer Bildung bis 1980;
- 3) die verschiedenen Institutionen höherer Bildung im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen;
- 4) Staffing, Lehrmethoden, Finanzen;
- 5) Verwaltung und Leitung.

Da das augenblickliche Bildungssystem noch nicht koordiniert sei, empfiehlt das Untersuchungskomitee eine systematische Ordnung, betont aber gleichzeitig die Freiheit von Individuen und Institutionen.

Folgendes Bildungskonzept wird vorgeschlagen:

- 1) Unterrichtung in Fertigkeiten, die in der generellen Arbeitsteilung eine Rolle spielen können;
- 2) Erziehung nicht nur von Spezialisten, sondern von kultivierten Menschen;
- 3) Förderung von Wissenschaft und Forschung;
- 4) Überlieferung einer gemeinsamen Kultur und gem. "Standards of Citizenship".

Es wünscht die Chancengleichheit für alle Bürger (bei gleichzeitig steigenden Standards!), "nicht nur damit aus ihnen gute Produzenten, sondern auch gute Männer und Frauen würden". Unterschiede in Niveau und Funktion der Bildungsinstitutionen hält es für notwendig und richtig. Der darin implizierte Widerspruch wird mit dem Hinweis auf Transfermöglichkeiten (die praktisch nicht existieren) verdeckt.

I. ÜBERBLICK ÜBER DAS ANWACHSEN DER HÖHEREN BILDUNGSSYSTEME IN GROSSBRITANNIEN

Hierbei ist für unsere Zwecke lediglich der Ansatz interessant: man mißt den Beitrag der einzelnen Sektoren des höheren Bildungswesens zum "stock of qualified manpower" der Nation (Ressourcen an qualifizierter manpower), indem man "wastage" (solche, die ihr Studium nicht erfolgreich beenden) unberücksichtigt läßt. (Folgender output an der Uni: 1962 3,4% der jeweiligen Altersgruppe.; im gesamten höheren Bildungswesen 5,2 %)

II. ÜBERBLICK ÜBER DIE VERSCHIEDENEN INSTITUTIONEN

Dieser Ansatz beschränkt sich auf eine Aufzählung der verschiedenen Arten von Bildungsinstitutionen, deren Verwaltung und Finanzierung, (z.B. Oxford, Cambridge; verwaltet von universitärem Gremium, keine Repräsentanten der Regierung oder "lay elements" (Vertreter der Öffentlichkeit) involviert; andere Unis von Vertretern aus dem akademischen Bereich und extraakademischen Bereich geleitet - bei neuen Unis werden diese "lay elements" immer stärker (da ev. von lokalen Unternehmen gegründet); Colleges of Advanced Technology (HTL) werden von Kultusministerium finanziert; der Verwaltungskörper von regional colleges besteht aus Vertretern von Industrie und Handel), Prozentzahlen der in verschiedenen Fachrichtungen Studierenden.

III. VERGLEICH ZU ANDEREN LÄNDERN

Hier wird festgestellt, daß das britische Höhere Bildungswesen eines der effizientesten und ökonomischsten der Welt sei. Denn durch Einschränkung der Chancengleichheit der einzelnen Studenten durch einen hohen Selektionsgrad bei der Aufnahme in die jeweilige Bildungsinstitution wird ein Minimum an "wastage" garantiert. So gelangt England im Vergleich mit anderen Ländern zu einem höheren output an Universitätsabsolventen (England 9,8%, Deutschland 4%, USSR 7%, USA 17%). Bei systemimmanenter Betrachtungsweise (tot. öfftl. Ausgaben pro Absolvent) schneidet das britische Bildungswesen als wirtschaftlich ab, da es von einer niedrigen "wastage"-Rate gekennzeichnet ist und kürzere, konzentrierte Kurse aufweist.

IV. BILDUNGSPLANUNG

Bei der Abwägung der beiden bildungsplanerischen Ansätze - manpower, social demand approach - kommt das Komitee zu der Überzeugung, daß manpower approach inpraktikabel sei, da es nur über die Entwicklung weniger Berufe über einen kurzen Zeitraum, nicht aber über sämtliche nationale Be-

dürfnisse- über längere Zeit hinweg wie es der manpower approach erfordern würde - Aussagen machen könne. Die nationalen Bedürfnisse dienen also nicht als Grundlage ihrer Schätzung. Sondern das Prinzip: alle jungen Leute, die in der Lage seien, höhere Bildung zu konsumieren, sollten auch die Gelegenheit dazu haben. Daraus resultieren zwei Aufgaben:

- 1) Prognostizierung der Zahl der für höhere Bildung Qualifizierten (abhängig von natürlicher Fähigkeit und Grad des "attainements") und höhere Bildung Wünschenden.
- 2) Untersuchung des "pool of ability" (reservoir der Fähigkeiten). Dabei sind u.a. die Voraussetzungen, von denen das Komitee ausgeht interessant: es gebe Unterschiede bezüglich der angeborenen Fähigkeiten. Intelligenz sei auch durch Erziehung und background beeinflussbar.

Den einzigen Schluß, den es aus der Tatsache, daß wirtschaftliche Verhältnisse die Ausbildung beeinflussen (Korrelation zwischen Beruf des Vaters und erzielte Leistung der Kinder in der Schule: Prozentsatz der Kinder von Facharbeitern beträgt im Höh. Bildungswesen 4%, der von "higher professionales" 45"), zieht, ist der, daß das zu beobachtende kontinuierliche Wachsen der Einkommen die Nachfrage nach höh. Bildung vergrößern wird. Da nach dem Krieg mehr Leute länger an der Schule geblieben sind, werde sich die Nachfrage ihrer Kinder nach höh. Bildung in den 70er Jahren steigern (S.51).

Das Komitee weist darauf hin, daß in ärmeren Schichten ein Potential von noch unentdeckten Fähigkeiten besteht, steht jedoch ~~der~~ Tatsache, daß wenige Kinder der "manual workers" länger an der Schule blieben, ratlos gegenüber, bzw. rettete sich in den Satz, daß der Grad in dem Kinder eine akademische Umgebung erleben, eben bestimme, ob sie ihre Talente nützen würden. Die Befürchtungen, daß durch starkes Anwachsen des Besuchs höherer Bildungsinstitutionen die Standars gesenkt bzw. mehr "wastage" entstehe, zerstreut das Komitee mit der Feststellung, daß die Leistungen von Studenten aus Arbeiterfamilien ebenso gut seien, wie die von Studenten aus höheren Schichten.

V. VORAUSSICHTLICHE NACHFRAGE

Methode:

das Komitee basierte seine Forschungen auf den existierenden Trends, die in die Zukunft projiziert werden. Z.B.: Feststellung der Proportion derer, die bestimmte Qualifikationen im GCE erhielten, Anstellung von Vermutungen über die Zahl derer, die sich um höh. Bildung bewerben werden

und zugelassen werden sollten. Dabei sollen die Schätzungen nach bestehenden Qualifikationskriterien ausgerichtet werden. Das sieht etwa so aus:

- 1) Betrachtung der Größe der Altersgruppen, die für höh. Bildung in Frage kommen (1980 ebenso groß wie 1965!-S.56)
- 2) Schätzungen über die Größe des Teils dieser Altersgruppe, der die notwendigen Qualifikationen für den Eintritt erreichen wird, durch Übertragung der bisherigen Steigerungsrate des outputs an qualifizierten Schülern in die Zukunft. Das Ergebnis verrät ein Anwachsen der Proportion derer, die die Erfordernisse für Aufnahme an die Uni erfüllen werden, um 12%.
- 3) Entscheidung - unter Berücksichtigung von Bewerberrate und Kompletionsgrad - wie viele der so qualifizierten aufgenommen werden sollten.

Bei Beurteilung der Nachfrage nach Studienplätzen ist das Komitee auf Vermutungen angewiesen, da es keine genauen Informationen über die Nachfrage nach Studienplätzen gibt. Das Komitee weiß jedoch, daß es in den letzten Jahren einen hohen Andrang gab, der nach seiner Ansicht nicht weiter steigen sollte. Es müsse also, da außerdem fast alle Studenten aus öffentlichen Mitteln unterstützt würden, einen bestimmten Selektionsgrad geben. Aber, die Zahl der Studienplätze solle genauso steigen, wie die Zahl der qualifizierten Bewerber. Scheinbare Unsicherheit über die Kontinuität der Bewerberrate rührt von der Überlegung (des Komitees) her, daß aus Frustration über inadäquate Studienplätze, Zurückweisung vieler geeigneter Bewerber aus Selektionsgründen, oder geringer finanzieller Unterstützung sich die Bewerberrate in Zukunft verringern könnte(!?). Dennoch sei aller Wahrscheinlichkeit nach 1980/81 mit einer um 10% höheren Bewerberrate als 1963 zu rechnen.

- 4) Untersuchung der Studienlänge, da bis 1980 voraussichtlich 17% der relevanten Altersgruppen höh. Bildung genießen werden (507.000 im Gegensatz zu 195.000 1962) (S.66), andererseits mehr postgraduates benötigt würden.

Voraussichtliche Nachfrage nach manpower

Die Produktion von qualifizierter manpower sei wie die Produktion von langlebigen Kapitalgütern: auch nachdem der output nicht mehr steige, bedeute ein konstanter Fluß von neuen Graduierten viele Jahre hindurch eine Addition zum Gesamtpotential.

Der Anteil aus der Arbeiterklasse, der höhere Bildung genießt werde von 3,4% (1960/61) auf 6,2% (1980/81) steigen, Diese

wobei man in einfacher Extrapolation ein kontinuierliches Wachstum des Teils der Studenten aus der Arbeiterklasse annimmt. Über die Nachfrage nach deren Arbeitsleistung kann das Komitee keine quantitative Aussage machen und schlägt als Lösung Erwerbung über die Nachfrage z.B. nach Wissenschaftlern und Technikern bei den Arbeitgebern vor. Im Großen gesehen, würden sich jedoch die Produktionsbedingungen und -techniken in zehn, zwanzig Jahren in solcher Weise ändern, daß die spezialisierten Qualifikationen dieser Eingestellten in solchen Beschäftigungen kaum voll ausgenutzt würden. Prognosen seien auch deshalb so schwierig, weil Beschäftigungsbereiche nicht durch technische Erwägungen allein, sondern auch solche zukünftiger monetärer Art bestimmt eine Relation zwischen der Größe des "stock of trained manpower" und dem Grad der Produktivität pro Kopf (S.73). Diese vagen Bestimmungen könnten inzwischen sicher korrigiert werden, da man mit den entwickelten Methoden des manpower approaches sehr wohl solche Zusammenhänge zwischen der Nachfrage "bei den Arbeitgebern" und der zu erbringenden Arbeitsleistung der Ausgebildeten quantifizieren kann. Da gerade dies Spezifische des Manpower-approaches dem Komitee nicht bekannt war, konnte es nur von dem Andrang der Studenten und einem Vergleich mit anderen Ländern ausgehen. Der Widerspruch zwischen dem praktizierten Selektionsprinzip und dem propagierten social demand approach, wird vergeblich durch die nationalen Bedürfnisse gelöst, was in der Tat ökonomische Bedürfnisse sind. Da allerdings die Relation noch nicht genau quantifiziert werden kann, ergibt sich durch den hohen Selektionsgrad und die frühe Berufswahl noch eine starke Unflexibilität in Bezug auf die Anforderungen der Wirtschaft.

VI. VORSCHLÄGE ZUR ÄNDERUNG DES BESTEHENDEN BILDUNGSWESENS

- 1) Die Schulen verstünden sich immer mehr als Lieferant der Vorbereitungskurse zum Eintritt in die Universitäten. Daher bildeten sich einige nachteilige Strukturen heraus: sehr schlechte Allgemeinbildung, da zu frühe Spezialisierung gefordert wurde; identische A-Levelprüfungen und -kurse würden oft zum Zwecke der Notenverbesserung, die wahrscheinlichere Aufnahme verspricht, wiederholt. Die einzige Kritik des Komitees hat lieschenmüllerhafte Dimension: Naturwissenschaftler sollten auch fremde Sprachen, Ökonomen mehr Mathematik beherrschen.
- 2) Der Andrang in Oxford und Cambridge sei zu groß, sodaß andere Unis mehr Mittel gegeben werden sollten, und sie in Ausbau und Entwicklung zu unterstützen seien. Begründung: das Beispiel früherer Gründer dürfte diese unsere Genera-

tion nicht beschämen) (S.81). Die intellektuelle Elite soll sich nicht immer mehr in Oxford und Cambridge konzentrieren; sondern erstklassige Fähigkeiten sollen gefördert werden wo immer sie existieren (!).

Vorschläge zur Verringerung von Selektions- und Kompetitionschwierigkeiten.

Um die Schwierigkeiten zu mildern, die aus dem Mangel an Plätzen in der höhern Bildung und aus der Anziehungskraft spezieller Institutionen resultieren, hat das Komitee nur recht ungenügende (und immanente) Vorschläge: Verbesserung der Selektionsmechanismen, Kooperation zwischen höheren Bildungsinstitutionen und Schulen, mehr Information über Möglichkeiten in der höheren Bildung, Revision von Schulbüchern und Lehrplänen... . Es empfiehlt die Aufhebung des unnötigen Drucks auf den Schulen und es hält Aktion von der Regierung für erforderlich.

Ihre Verbesserungsvorschläge für Universitätskurse beschränken sich auf; mehr Flexibilität, Angleichung, Kooperation, mehr post graduate studies. Für die Training Colleges und Colleges of Higher Education (die jetzt aus 3-Jahreskursen bestehen, die zu professionellen Qualifikationen führen) beschränken sie sich auf den Vorschlag: sie sollen in Zukunft eine wichtige Rolle spielen.

Für die technischen Hochschulen (Colleges of Advances Technology) empfehlen sie, daß sie in Technologische Universitäten transformiert werden, die ihren eigenen akademischen Grad verleihen sollen. Hier empfehlen sie eine engere Kooperation von Institutionen auf Universitätsebene mit Forschungsunternehmen und mit Industrie; auch Lehrpersonen sollten freier zwischen den einzelnen Bereichen wechseln können(!). Ebenso sei eine Neuordnung der akademischen Titel erforderlich unter dem Aspekt der stärkeren Berücksichtigung der industriellen Forderungen (S.144). Die Gründung eines Komitees zur Verleihung akademischer Titel wird empfohlen, in dem die Vertreter der Industrie eine angemessene Parität erhalten.

PLANUNG DER ZUKÜNFTIGEN STRUKTUR DES BILDUNGSWESENS

Das Komitee konzentriert sich dabei zunächst auf die Frage, ob die existierenden Institutionen den zukünftigen Bedürfnissen der Studenten des Landes genügen. Um den zukünftigen Bedürfnissen zu genügen, sei nötig:

- 1) ein expansionsfähiges Institutionssystem (S.149):
1980/1 werden ca. 558.000 Studienplätze nötig sein
(1962 - 216.000).

VII. "STAFFING"

Das Komitee ist der Ansicht, daß die Universität über eine großzügig bemessene Anzahl von Lehrpersonen verfügen müsse, da sie ja Wissenschaft und Forschung - im Interesse der Nation - betreiben müsse. Deshalb müsse die Proportion Lehrer : Student an der Universität günstiger sein als an anderen höheren Bildungsinstitutionen. Die Wichtigkeit der Besetzungspolitik bei den Lehrstellen mißt das Komitee mit Hilfe eines Proportionalitätsquotienten aus Studenten und staff. An Universitäten betrug er 1962/63 8:1. Die Zahl der staff sei jedoch nicht zu hoch, da eine Großzahl nur mit Forschung beschäftigt sei (in Großbritannien existieren keine extra Forschungsinstitute), die nach Meinung des Komitees, nicht außerhalb der Uni betrieben werden sollte.

Wenn bei einer Expansion des höh. Bildungswesens der gegenwärtige Proportionalitätsquotient erhalten bleiben sollte, seien für 1980/81 59.000 graduierte Lehrpersonen nötig (1962-2.250). Etwaige Befürchtungen aus der Öffentlichkeit, die Zahl der Graduierten für andere Berufe werde eingeschränkt, zerstreut das Komitee durch Projektion der Prozentzahl der Graduierten, die bereits Lehrpersonen geworden waren, in die Zukunft; während der nächsten 16 Jahre würde demnach die Rekrutierung proportional nicht höher sein, als während der vergangenen vier Jahre 1959-63) (S. 175)

Im Gegenteil könne der Proportionalitätsquotient eventuell sogar noch verbessert werden, was mit Hilfe "arithmetischer Kalkulationen" "Bewiesen" wird: Geschehen könne das durch Attraktivmachung dieser Art sozialen Aufstiegs, durch Gehaltsverbesserungen, schnellere Promotion, etc. Bei der Beförderung zum "senior lecturer" z.B. sollten auch andere Faktoren als Qualifikation durch Publikationen in Betracht gezogen werden.

VII. FINANZIELLE UND ÖKONOMISCHE ASPEKTE

Für die Erfassung der Kosten des ihren Empfehlungen entsprechendeausgebauten Bildungssystems bieten sich zwei Möglichkeiten an:

- 1) Messung an den Ergebnissen bzw. Profiten die bei Investition in die Wirtschaft entstanden wären,
- 2) Feststellung des Prozentsatzes der öffentlichen Ausgaben, der dafür anfällt, was wesentlich einfacher sei. Deswegen beschloß des Komitee diese Kalkulationsart zu applizieren.

1962/63 kostete das höh. Bildungswesen den Steuerzahlern £219Mill
laufende Ausgaben £ 162 "
Kapitalanlagen £ 57 "

- 2) Minderung des Drucks auf die Schulen, der augenblicklich herrsche und ein Produkt der Kompetition um die Aufnahme in die Unis sei.
- 3) Vielseitige Bildung von hoher Qualität müsse geboten werden, um den nationalen Ansprüchen zu genügen und denen der jungen Menschen, die sich in der immer komplexeren sozialen und wirtschaftlichen Struktur zurechtfinden sollen
- 4) Möglichkeit des organischen Wachstums nicht nur für alle zusammen, sondern auch für einzelne.

Die Rolle der Universitäten

Wie schon gesagt, empfiehlt das Komitee eine Expansion der Universitäten - obwohl dies teuer kommen werde, da sich diese mit Forschung und der Förderung der Wissenschaften befassen - da es im nationalen Interesse läge, wenn mehr junge Leute als Mitglieder einer solchen Institution angespornt würden, mehr zu leisten (Atmosphäre! S.151) Die Erstellung von genügend Studienplätzen, um allen qualifizierten Schulabgängen ein Universitätsstudium zu ermöglichen, könne jedoch in naher Zukunft noch nicht bewerkstelligt werden. Bis 1980/81 sollten etwa 346.000 der 558.000 Plätze bereits existieren. Zur Erstellung der restlichen 50.000 müßten sechs neue Universitäten gegründet werden und den Regional Colleges Universitätsstatus gegeben werden.

Colleges of Education (PH)

Bis 1974 sei hier ein rapides Anwachsen der Studentenzahlen nötig, um bis 1980 die Ausbildung von genügend Lehrern zu gewährleisten. Dadurch könnte dann die Bildung von zu großen Klassen verhindert werden.

Die Prognose für die Gesamtnachfrage nach Studienplätzen basierte auf projizierte Trends in den Zahlen der qualifizierten Schulabgänger. Die Verteilung auf die verschiedenen Studieneinrichtungen konnte vom Komitee jedoch nur schwer projiziert werden. Es stellt die gegenwärtige prozentuale Verteilung fest (Geistes- und Sozialwissenschaften 40%, Naturwissenschaften 20%, Technik 19%, andere 15%) und nimmt an, daß sich die Trends in Zukunft etwa so verhalten werden: Geistes- und Sozialwiss. gleichbleibend, Nat.Wiss. steigend, Technik stark steigend, Med. relativ sinkend (d.h. Zahnmedizin konstant) (S.166)

Nach Division der laufenden öffentlichen Ausgaben durch die Zahl der Studenten erhält das Komitee folgende Durchschnittskosten pro Student: Uni 777 £; Teachers Training: 576 £; Advances Further Ed.: 605 £.

Um die Kosten in der Zukunft zu bestimmen: (1980/81 - 560.000 Std.) wird von folgenden Annahmen ausgegangen:

- 1) konstante durchschnittliche Preisebene (sodaß die Einkommen nur mit Anwachsen der Produktivität steigen)
- 2) durchschnittliches Anwachsen der Produktivität um $3 \frac{1}{4}\%$ pro Jahr

Die Prognose: die öffentlichen Gesamtausgaben würden von 206 Mill.£ (diese Zahl ergab sich nach Abzug der Ausgaben für "part-time students) die hier nicht berücksichtigt werden) (;962/63) auf 742 Mill.£ (1980/1) steigen müssen.

Erziehung als Investition

Ausgehend von der Überlegung, daß Erziehung enorme Kosten für den öffentlichen Geldbeutel, ein Opfer für das Land - da Mittel diesem Ausmaßes anderswo investiert werden könnten - bedeuten, kommt das Komitee zu dem Schluß, daß die Rechtfertigung einzig in der Betrachtung der Bildung als Investition liege: - Studenten als Humankapital (hinsichtlich ihrer zukünftigen Produktivität). Das Ziel sei jedoch nicht Produktivität als solche, sondern das gute Leben, das sie ermögliche!

Das Anwachsen der Produktivität, resultierend aus dem Anwachsen der Ausgaben für Erziehung, lasse sich jedoch nicht leicht bestimmen. Es sei vergleichsweise einfach, kommerzielle Kalkulationen auf private Institutionen zu applizieren. Hierbei sei der return klar erfaßbar. Betrachte man jedoch den return bei einer substantiellen Steigerung der Investition, besonders nicht vom individuellen sondern nationalen Gesichtspunkt aus, so ergäben sich zwei Hauptschwierigkeiten bezüglich genauer Schätzung:

- 1) die Unmöglichkeit, die rate of return bez. dieser zusätzlichen öffentlichen Ausgaben zu berechnen;
- 2) die - viel fundamentalere - Unmöglichkeit, die rate of return der Erziehung, wenn auch einzig und allein auf Produktivität bezogen, ausschließlich in Form von return für Individuen und Differenzierung der Gehälter zu messen.

Return zeige sich - in wahrscheinlich viel wichtigerer Form, als der, die innerhalb eines Systems relativer Preise gemessen würde - außerdem in der Form genereller Adaptabilität u. gesteigerter Kapazität bezüglich technologischen Fortschritts (Das Beispiel der Erziehung veranschauliche bei der Gesellschaftsanalyse den wichtigen Unterschied zwischen privatem

und sozialem Investitionsnettoprodukt). Würden Bildungsinvestitionen vernachlässigt, dann würde schließlich die "general learning power" betroffen, was einen Rückfall gegenüber anderen Ländern bedeutet.

Bildung, eine Bürde für das Budget?

Die Verwendung öffentlicher Gelder richtet sich nach dem Wunsch der Bürger; wenn sie mehr höhere Bildung wollen, dann sollte dies unseren Schätzungen nach zu ermöglichen sein, ohne der Wirtschaft unerträgliche Schwierigkeiten zu bereiten". (S. 208)

Finanzierung der höheren Bildung

Eine Finanzierung der Studien durch Darlehen lehnt das Komitee mit den Begründungen ab, daß es nicht recht sei, Studenten den Ausbau des Bildungssystems mittragen zu lassen, und daß ein junger Mensch am Anfang seiner beruflichen Karriere keine Schuldenlast tragen solle. Argumente, die mangelndes moralisches Engagement (Faulheit, Auffassung der Stipendien als selbstverständlich) befürchten, werden vom Komitee ebenso abgelehnt.

Finanzierung der Institutionen

Die Ausgaben der Bildungsinstitutionen werden durch regelmäßige staatliche Zuwendungen (grants), Gebühren und Schenkungen gedeckt. Die Gebühren machen an den Unis 11% der Gesamtausgaben aus. Nach Meinung des Komitees sollte der Teil der universitären Einkünfte, der auf Gebühren zurückzuführen ist, auf 20% steigen. Es sei besser, wenn die Einkünfte aus verschiedenen Quellen herrührten. Schenkungen machten leider keinen so großen Teil wie früher aus. Diese Art Zuwendungen schränkten nämlich die Autonomie der Unis weniger ein (!).

IX. INTERNE LEITUNG UND VERWALTUNG DER INSTITUTIONEN DES HOHEREN BILDUNGSWESENS

Außer Oxford und Cambridge, deren Verwaltung ausschließlich in den Händen ihrer akademischen Mitglieder liegt, bestehen an allen anderen Universitäten dualistische Verwaltungskörper.

1) Court & Council

a) der court besteht hauptsächlich aus extrauniversitären Mitgliedern. Er befaßt sich mit allgemeinen Verwaltungsaufgaben, hat beratende, unterweisende Funktionen.

b) der council setzt sich ebenfalls hauptsächlich aus

extrauniversitären Mitgliedern (lay elements) zusammen. Er ist Exekutivorgan, mit der Aufgabe der aktiven Überwachung der Finanzen und externen Beziehungen.

2) Senat

besteht aus universitären Mitgliedern. Er hat in einigen Fällen gewisse Gewalten unabhängig von court & council. Aus praktischen Gründen beschränkt sich die Rolle des court in Senatsangelegenheiten auf das Recht des letzten Appells bei Unstimmigkeiten bzw. der Zusammensetzung des Lehrkörpers oder Kollisionen von universitären Interessen und externen Beziehungen.

3) Kritik an der Zusammensetzung dieser Gremien

Kritik am starken Anteil des extrauniversitären Elements in court & council weist das Komitee mit der Begründung zurück, daß mehr als 85% der Universitätsfinanzen aus öffentlichen Fonds stammen. Deswegen dürfe die Verwendung dieser Gelder nicht völlig bei den universitären Mitgliedern liegen. Die akademische Autonomie werde eher gewahrt, wenn die Öffentlichkeit eine Garantie habe, daß es unabhängigen extrauniversitären Rat und Kritik gebe. Außerdem zeigten Erfahrungen der Vergangenheit, daß die Unis große Vorteile durch die Initiative und Weisheit der extrauniversitären Mitglieder erlangten.

Kritik an den Gewalten des Senats unterstützt das Komitee. Klagen der Association of University Teachers und Repräsentanten der junior teachers über den exzessiven Machtgebrauch der Ordinarien (Verhältnis-Professoren: übrige staff 5 bzw. 10:1) beurteilt das Komitee folgendermaßen: da heute junior teachers nicht mehr so schnell wie früher zu verantwortlichen Positionen in der Verwaltung aufsteigen könnten, beklagten sie sich über mangelnde Mitbestimmungsrechte, was zu berücksichtigen sei. Daher solle die Verwaltungsarbeit nach Funktionen aufgeteilt werden. Dabei gebe es solche, die im Verantwortungsbereich des Professors bleiben müßten, andere jedoch könnten in den Verantwortungsbereich der junior bzw. senior teachers gelegt werden. Dazu müßten proportional mehr senior posts geschaffen werden.

Funktion des Professors:

tagtägliche Verwaltungs-, Routineaufgaben, die, obwohl Belastung, bei den Departementsvorständen verbleiben müßten. Der Gedanke, diese Art Arbeiten einem demokratischen Komitee zu überlassen, sei wirklichkeitsfern, da jemand die Entscheidungen treffen müsse. Dem Robbinskomitee sei nichts bekannt, was die Legitimität und Richtigkeit dieser professoralen Position in Frage stellen könne. (S. 219)

Berufungen, Promotionen, Empfehlungen an Court & Council

bez. der individuellen Gehälter; Funktionen bez. Lehrmethoden, Syllabusse, etc., worauf Professoren kein Wissensmonopol beanspruchen könnten. Hier könnten junior- und seniorkräfte beschäftigt werden, die mit Hilfe demokratischer Arrangements, wie Arbeitskreise, Komitees, etc. die Professoren entlasten sollen, was bei der zu erwartenden Expansion sehr wichtig würde. Das Komitee betont die Wichtigkeit der Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens, da dann nicht immer jedes einzelne staff-Mitglied informiert werden könne. Die die obersten Entscheidungen treffende Person wird als Vice-Chancellor oder Prâncipal bezeichnet. Seine Person sei in der Universitätsverfassung selten genau definiert. Er ist Mitglied des 'governing body' und Vorsitzender des universitären Verwaltungskörpers und vertritt die Interessen der Uni auf dem Committee of Vice-Chancellors and Principal, das für die Belange aller Unis zuständig ist. Da es zu groß und dadurch funktionsunfähig zu werden droht, schlägt das Robbins-Komitee eine Neuformation vor:

- 1) zwei Repräsentanten von jeder Uni (Vice-Chancellor und ein nur vom Senat gewählter Vertreter) für die Dauer von 3 Jahren
- 2) aus diesen Repräsentanten wird ein ständiges Komitee von 15-20 Mitgliedern gebildet, die dem Repräsentantenrat (1) viele Entscheidungen abnehmen könnten.

X. AKADEMISCHE FREIHEIT UND IHRE REICHWEITE

Das Komitee räumt die Notwendigkeit der Freiheit der akademischen Institution ein, betont aber gleichzeitig die Notwendigkeit einer Koordination mit den Bedürfnissen der Nation". Der jeweiligen Regierung werden mehr Rechte als in der Vergangenheit eingeräumt, da sie die Verantwortung dafür trage, daß die Entwicklung in Form der höheren Bildung den nationalen Bedürfnissen Rechnung trage. Sie habe die letzte Entscheidungsgewalt über die Verwendung der öffentlichen Gelder. Eine solche Koordination könne, wegen der darin implizierten materiellen Abhängigkeit die Gefahr politischer Manipulation in sich bergen. Diese Gefahr wird von dem Komitee mit dem Hinweis auf Auswahlmodus der Mitglieder des sog. Grants Committee zurückgewiesen. Sie würden auf Grund ihres Wissens und Status, nicht auf Grund ihrer politischen Richtung ausgewählt. Das Grants Committee besteht in der Mehrheit aus universitären Mitgliedern (Dozenten und Forschern); der Rest setzt sich aus extrauniversitären Kräften der Industrie etc. zusammen. Der Vorsitzende entstammt dem universitären Bereich. Dieses Komitee beschäftigt sich mit der Verteilung von Zuwendungen an die einzelnen Unis. Es werde von der Regierung ernannt, sei

aber von ministerieller Kontrolle unabhängig (nur dem Schatzkanzler verantwortlich), auch der Öffentlichkeit nicht verantwortlich.

Die Zuwendungen werden an die Unis zur laufenden Ausgabe in sog. block grants gegebene, deren Verteilung auf die einzelnen Ausgaben sie selbst bestimmen können. Die nationalen Bedürfnisse könnten so gewahrt werden, indem die block grants erst nach Überprüfung des vorgeschlagenen Unietats gewährt würden.

Ein ähnliches Verwaltungsschema mit semistaatlichem Regulativ sollte, nach Ansicht des Robbins-Komitees, auch für alle anderen akademischen Institutionen ((z.B. Coll. of Advanced Technology, das direkt dem Ministerium für Unterricht und Kultus untersteht) eingeführt werden. Am Ende der hier propagierten Entwicklung sieht das Komitee eine zentralisierte Grants Commission (für etwa 60 autonome Institutionen), in der die einzelnen g.cs. dann aufgingen. Diese Mammutkommission solle einem noch zu schaffenden Ministry of Art & Sciences unterstehen.

Es bleibt zu überprüfen, ob und in welcher Form die Ergebnisse des Robbins-Report politisch virulent wurden.